

Landesgeschäftsstelle

Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
☎ 0611.98920.0
📠 0611.98920.33

Kai Klose

Politischer Geschäftsführer
Durchwahl .16
kai.klose@gruene-hessen.de

Wiesbaden, 30. März 2009

Landesliste für die Bundestagswahl

Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 28. März 2009

1. Priska Hinz (Lahn-Dill)
2. Omid Nouripour (Frankfurt)
3. Nicole Maisch (Kassel-Stadt)
4. Tom Koenigs (Frankfurt)
5. Daniela Wagner (Darmstadt)
6. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Main-Taunus)
7. Ulrike Gauderer (Frankfurt)
8. Matthias Knoche (Marburg-Biedenkopf)
9. Bettina Hoffmann (Schwalm-Eder)
10. Norman Dießner (Hochtaunus)
11. Anke Pavlicek (Waldeck-Frankenberg)
12. Andreas D. Schulz (Kassel-Stadt)
13. Andrea Graf (Groß-Gerau)
14. Alexander Wright (Limburg-Weilburg)
15. Sophia Horz-Hövel (Wetterau)
16. Klaus-Uwe Gerhardt (Offenbach-Land)
17. Iris Bachmann (Darmstadt)
18. Benjamin Dahlhoff (Wiesbaden)
19. Regina Vischer (Main-Taunus)
20. Christian Kolb (Wetterau)
21. Hildegard Förster-Heldmann (Darmstadt)
22. Thomas Rehahn (Darmstadt-Dieburg)
23. Gabriela Schuchalter-Eicke (Wiesbaden)
24. Philipp Schmagold (Werra-Meißner)
25. Claire Labigne (Odenwald)

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Auf die Inhalte kommt es an! GRÜN in der Regierung macht den Unterschied.

Die Hessenwahl hat gezeigt: GRÜNE punkten mit ihren Inhalten. Mit unserem „Green New Deal“, unserem grünen neuen Gesellschaftsvertrag für Klimaschutz, neue Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und Freiheit machen wir den Wählerinnen und Wählern ein Angebot für eine andere Politik für dieses Land.

- Wer Grün wählt, wählt **Klimaschutz und neue Arbeitsplätze**. Wir wollen 1 Mio. Jobs schaffen und die Infrastrukturen und Schlüsselindustrien neu und nachhaltig gestalten. Wir verwirklichen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft. Wir wollen die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien, Effizienz und Energieeinsparung. Der Atomausstieg ist genauso Teil dessen wie ein Moratorium gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Der Atomausstieg ist nur gesichert, wenn BÜNDNIS 90DIE GRÜNEN in der nächsten Regierung vertreten sind.
- Wer grün wählt, wählt Gerechtigkeit. In einer gerechten Gesellschaft hat Kinderarmut keinen Platz und alle erhalten die Chance, ihr Leben auf einer gesicherten finanziellen Basis selbst zu gestalten, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Der Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zur Uni ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir brauchen eine Steuerreform, die hohe Einkommen, Erbschaften und große Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls verstärkt heranzieht. Wir wollen das Arbeitslosengeld II anheben und einen Mindestlohn einführen. Statt einer Zwei-Klassen-Medizin wollen wir die Bürgerversicherung. Wir brauchen neue Spielregeln für die Finanzmärkte – global, europäisch und in Deutschland.
- Wer Grün wählt, wählt Freiheit. Freiheit, die wir meinen, steht für Selbstbestimmung, für Bürgerrechte, für die Befähigung aller zur Teilhabe und für gleiche Chancen der Geschlechter. Wir brauchen die ungestörte Privatsphäre, wir brauchen Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Wirtschaftsfreiheit: Der Marsch in die Überwachungsgesellschaft muss ebenso gestoppt werden wie eine Welt mit unkontrolliertem Datenhandel. Wir sind die Partei der Freiheit des Internets. Wir wollen eine Beendigung der Vorratsdatenspeicherung. Alle Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was in den Produkten, die sie erwerben, enthalten ist und wie sie hergestellt wurden. Freiheit ist die Freiheit unterschiedlicher Lebensformen, sexueller Identitäten und des Glaubens. GRÜN steht für eine gestaltete Zuwanderung und ein humanitäres Flüchtlingsrecht.

Wir wollen schwarz-rot beenden.

Die Jahre der Großen Koalition waren Jahre des Stillstands und der Lähmung.

Vieles ging in die falsche Richtung oder blieb ein fauler Kompromiss, bestehend aus kleinsten gemeinsamen Nennern oder Kuhhandeln. Die Wirkung war gering, die Zeche dafür teuer. Damit muss Schluss sein!

Wir wollen schwarz-gelb verhindern.

Starke GRÜNE im nächsten Deutschen Bundestag verhindern die neoliberale Rolle rückwärts. Union und FDP stehen für eine Energiepolitik von vorgestern und für den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Sie stehen für den Abbau von Umweltstandards und ein Verständnis von Klimaschutz, das sich in PR-Auftritten erschöpft. Schwarz-gelb steht für eine Politik der sozialen Kälte, die Armutslöhne für legitim hält und sich aus einem solidarischen System der Gesundheitsversorgung verabschieden will.

Wir wollen GRÜNE Inhalte in der Regierung umsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für GRÜNE Inhalte. Deren Umsetzung gelingt in aller Regel nur in Regierungsverantwortung.

Gerade unsere Erfahrungen als hessischer Landesverband zeigen, dass weder Ausschließeritis noch Lagerwahlkampf die angemessene Antwort auf ein existierendes Fünf-Parteien-System sind. Wir sind uns mit Renate Künast und Jürgen Trittin einig, dass sich GRÜNE Politik nicht durch potenzielle Partner definiert, sondern über eigenständige Inhalte. Wir sind überzeugt davon, dass wir die richtigen Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen der Gegenwart und der Zukunft geben. Gerade Renate Künast und Jürgen Trittin haben beispielsweise mit der Agrar- und der Energiewende gezeigt, welchen Unterschied GRÜNE in der Regierung machen. Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte über die richtigen Wege in die Zukunft, die in die Wahlentscheidung am 27. September mündet.

Starke GRÜNE sind die Voraussetzung dafür, dass sich die SPD nicht wieder bequem in eine große Koalition flüchten kann. Starke GRÜNE sind die Voraussetzung, um die neoliberale Politik von schwarz-gelb zu verhindern. Starke GRÜNE sind die Voraussetzung, um nach der Wahl mit Aussicht auf Erfolg über die Bildung einer Regierung verhandeln zu können. Wir sind bereit, Verantwortung für unser Land zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis. Nur wenn die Inhalte stimmen, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ein Regierungsbündnis eintreten. Auf diesen Grundlagen entscheiden wir über konkrete Koalitionen.

GRÜNES Wahlziel ist es, bei der Bundestagswahl so stark zu werden, dass niemand an unseren Inhalten vorbei kommt.

Es ist Zeit für einen Wechsel und dafür, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Hessen braucht das Europa der Zukunft

Am 7. Juni 2009 sind alle Bürgerinnen und Bürger Europas aufgerufen, ihr neues Parlament zu wählen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen werden dafür werben, dass möglichst viele Hessinnen und Hessen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Es lohnt sich.

Hessen braucht ein Europa des Friedens und der Völkerverständigung

Die europäische Geschichte war über Jahrhunderte geprägt von selbstzerstörerischen und barbarischen Kapiteln des Hasses der europäischen Nationen untereinander. Deutschland war in diesem Europa der Vergangenheit bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts eine treibende Kraft der Spaltung und der Unmenschlichkeit. Auch der Sturz der Diktaturen in Griechenland, Spanien und Portugal Mitte der 70er Jahre, die Auflösung der Sowjetunion und Jugoslawiens und nicht zuletzt die deutsche Wiedervereinigung 1990 zeigen, dass es sich bei der Überwindung des Europas der Vergangenheit nicht um eine entfernte Vergangenheit handelt. Der europäische Einigungs- und Erweiterungsprozess beginnend mit den Römischen Verträgen 1957 bis hin zum Lissabon-Vertrag ist kein leichter Weg, aber ein notwendiger.

Europa muss sich weiterentwickeln. Wir GRÜNE fordern ehrliche Beitrittsverhandlungen mit den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei. Und wir setzen uns vehement für das Europa der Zukunft ein: ein Europa der Freiheit, des Friedens, des Rechts, des Wohlstandes, der Vielfalt und der Solidarität.

Hessen braucht ein Europa der Demokratie und Bürgerrechte

Ohne Demokratie ist alles Nichts. Das heutige Europa ist zu weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern, deshalb stellen wir GRÜNE die Demokratisierung Europas in den Mittelpunkt. Mehr direkte Demokratie und die Stärkung des Europäischen Parlaments gehören ebenso dazu wie ein besserer Flüchtlingsschutz, eine integrative Einwanderungspolitik und ein umfassender Schutz der Bürgerrechte, u.a. des Datenschutzes. Europa muss die Heimat der Menschen- und Bürgerrechte werden. Dazu gehört auch der Kampf gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung.

Hessen braucht ein Europa der Kultur und Bildung

Die Voraussetzung für Demokratie ist der Zugang zu Bildung und Kultur. Die Förderung des internationalen Austauschs, die Stärkung der Forschung und des lebenslangen Lernens, die Sicherung der Medienvielfalt, die Unterstützung kreativer Städte sowie der Erhalt der kulturellen und künstlerischen Vielfalt sind GRÜNE Aufgaben des Europas der Zukunft.

Hessen braucht ein Europa der intakten Umwelt und des mündigen Verbrauchers

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Macht, mit ihren Einkaufskörben Politik zu machen, aber dafür müssen sie informiert werden. Wir GRÜNE kämpfen für gesunde Lebensmittel und gentechnikfreie Regionen, für den Schutz von Kundendaten und die Möglichkeit zu Sammelklagen, für den Schutz der Böden, der Meere und der Küsten, für den Stopp von Tierversuchen und für mehr internationale ökologische Gerechtigkeit. Wir wollen den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU eine Stimme geben.

Hessen braucht ein Europa der Neuen Energien

Gerade in stürmischen Zeiten wie diesen brauchen die Menschen Sicherheit - die Sicherheit des Klimas, die Sicherheit der Energieversorgung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Wir GRÜNE fordern den Atomausstieg, ein Kohlemoratorium und den zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien. Mit der GRÜNEN Klima- und Energiepolitik werden wir neue, nachhaltige Arbeitsplätze schaffen und Europa zum Schrittmacher für einen umfassenden internationalen Klimaschutz machen.

Hessen braucht ein Europa des sozialen Zusammenhalts

Europa wird nur dann im Herzen der Bürgerinnen und Bürger ankommen, wenn es ein soziales Europa ist. Wir GRÜNE wollen für einen europäischen Sozialpakt streiten und damit die Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern. Dazu gehören Mindestlöhne in ganz Europa, europaweite Mindeststandards bei den Arbeitnehmerrechten, die Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und die Senkung der Höchstarbeitszeit.

Hessen braucht ein Europa des nachhaltigen Wirtschaftens

Das Europa der Zukunft braucht eine Antwort auf die ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen der Welt. Wir GRÜNE wollen ein starkes Europa der Regionen und damit eine Stärkung des Ländlichen Raums. Grundlage dafür ist eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik. Wir GRÜNE fordern eine neue globale Finanzverfassung mit verbindlichen Regeln zum Schutz der Ökologie, zur Stabilisierung der Wirtschaftssysteme und zur Sicherung sozialer Standards. Dazu gehören eine Finanzmarktaufsicht, das Austrocknen von Steueroasen und die insgesamt nachhaltige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Das Europa der Zukunft braucht einen GRÜNEN New Deal.

Hessen liegt in der Mitte Europas – wir übernehmen Verantwortung für das Europa der Zukunft

Wir GRÜNE erteilen allen denen eine klare Absage, die die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise und die Verunsicherung der Bevölkerung nutzen wollen, um den europäischen Einigungsprozess aufzuhalten. Nationale Alleingänge sind kein Weg aus der Krise. Nationalchauvinismus bedeutet einen Rückfall in das Europa der Vergangenheit.

Der Vertrag von Lissabon ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur mehr Bürgerrechten, Transparenz und Demokratie in Europa. Wir setzen uns daher für eine schnelle Umsetzung des Vertrags und die Stärkung des EU-Parlaments ein. Mit Visionen und konkreten Projekten in den Bereichen Klima- und Verbraucherschutz, Gerechtigkeit und Bürgerrechte, Bildung und Frieden wollen wir GRÜNE Wege ins Europa der Zukunft gehen.

Bündnis90/ DIE GRÜNEN sind die Europapartei. Davon wollen wir die Bürgerinnen und Bürger in Hessen bis zum 7. Juni 2009 überzeugen.

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Keinen Fußbreit der Diskriminierung – Homophobie-Kongress verhindern!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen protestieren gegen den „6. Internationalen Kongress für Psychotherapie und Seelsorge“ der „Akademie für Psychotherapie und Seelsorge e.V.“, der vom 20. bis 24. Mai 2009 in der Stadthalle und der Universität Marburg stattfinden soll. In dessen Rahmen stattfindende Seminare sind erkennbar als Angebote zur „Heilung“ Homosexueller angelegt. Wir verurteilen die solchen Angeboten zu Grunde liegende homophobe Haltung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen fordern die Stadt Marburg, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Egon Vaupel, die Philipps-Universität Marburg, vertreten durch Herrn Präsidenten Prof. Dr. Volker Nienhaus sowie die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva Kühne-Hörmann auf, sich von diesen in ihren Räumlichkeiten stattfindenden „Umpolungsangeboten“ zu distanzieren, denn sie beschädigen den guten Ruf und das Ansehen von Stadt und Hochschule. Die seriösen Referentinnen und Referenten des Kongresses fordern wir auf, ihre Teilnahme angesichts dieser Seminarangebote zu überdenken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen kündigen ihren entschiedenen Widerstand für den Fall an, dass der Kongress wie angekündigt einschließlich dieser Angebote in Marburg stattfindet.

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Save Me! – hessische Kommunen sagen ja zum Flüchtlingsschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen setzen sich auf Landes- und auf Kommunalebene dafür ein, dass die Kommunen sich an der „Save-me!“-Kampagne beteiligen.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und existenzieller Not. Viele von ihnen sind gezwungen in Flüchtlingslagern zu leben, oft jahrelang und unter menschenunwürdigen Bedingungen. Da eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland aufgrund der dort unveränderten Zustände oder wegen des persönlichen Verfolgungsschicksals häufig unmöglich ist und zugleich keine Chance auf Integration im Zufluchtsland besteht, befinden sich Tausende Menschen in einer perspektivlosen Situation.

Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt und verfügt über die Infrastruktur und das Rechtssystem zur Aufnahme und langfristigen Integration von asylsuchenden Menschen. Zusätzlich ist in den letzten 10 Jahren die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland um über 80% zurückgegangen, wodurch genügend Kapazitäten da sind, Schutzsuchende nun auch auf einem alternativen Weg aufzunehmen.

Die Idee besteht darin, Menschen, die in ihrem momentanen Zufluchtsland keine Zukunftsperspektive haben in einem Drittstaat ein Leben in Würde und eine dauerhafte Integration zu ermöglichen. Dazu notwendig sind unter anderem Aufenthaltssicherheit, Familienzusammenführung, Integrationskurse, freier Zugang zum Arbeitsmarkt, freie Wohnortwahl und das Recht auf Sozialleistungen. Dieses als Resettlement bezeichnete Programm zum individuellen Flüchtlingsschutz wird maßgeblich vom UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen) unterstützt und bereits von vielen europäischen Staaten erfolgreich durchgeführt (z. B. Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden). Personen, die in das Programm aufgenommen werden sollen, müssen Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und darüber hinaus besonders schutzbedürftig sein (darunter sind z. B. Folteropfer, traumatisierte Flüchtlinge, Minderjährige, allein erziehende Frauen und ältere Menschen).

Die Save-Me-Kampagne möchte erreichen, dass sich auch Deutschland verpflichtet, jedes Jahr ein bestimmtes Kontingent an Flüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren. Hierzu sollen die einzelnen Bürger der Städte und Gemeinden gut informiert und als Unterstützer gewonnen werden, außerdem soll eine Zustimmung des Stadt- oder Gemeinderates zur Aufnahme von Flüchtlingen erreicht werden. Schließen sich viele Städte und Kommunen der Kampagne an, so kann durch eine Bewegung von unten, ausgehend vom Einzelnen, ein Beschluss auf Bundesebene erreicht werden.

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Menschenrechte für alle!

Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen fordert menschenrechtliche Mindeststandards für Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland.

In deutschen Metropolen haben etwa 5 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner keine Aufenthaltspapiere. Wie viele es genau sind, weiß niemand. Ob die Größenordnung sechs- oder siebenstellig ist, lässt sich nur schätzen. Das Bundesministerium des Innern geht von 500.000 bis 1.000.000 Ausländerinnen und Ausländern ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland aus. Da es keine wissenschaftlich fundierten Schätzungen gibt, nennt das Bundesministerium in diesem Zusammenhang regelmäßig die statistischen Angaben zu den Aufgriffen unerlaubt eingereister Ausländerinnen und Ausländern an der Grenze sowie zu den Tatverdächtigen mit illegalem Aufenthalt. Diese können jedoch keinen Eindruck vom Ausmaß illegaler Migration in Deutschland vermitteln.

Die Meldepflicht öffentlicher Stellen an die kommunalen Ausländerbehörden ist die größte Barriere bei der Wahrnehmung der Menschenrechte für Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Die Betroffenen vermeiden dadurch den Kontakt mit allen staatlichen Einrichtungen um das Bekanntwerden ihres Aufenthaltes in Deutschland zu verhindern.

Wir fordern daher folgende Institutionen von der gesetzlichen Meldepflicht auszunehmen:

- öffentliche Stellen, die Leistungen im Rahmen der Krankenbehandlung gewähren.
- Kindertagesstätten und öffentliche Schulen

Des Weiteren fordern wir, dass Personen (z.B. Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer sowie Leiterinnen und Leiter sozialer Einrichtungen), die Ausländerinnen und Ausländern ohne Aufenthaltsstatus bei ihrem Aufenthalt in Deutschland aus humanitären Gründen Hilfe leisten, straffrei bleiben.

Beschluss der Landesmitgliederversammlung am 28. März 2009 in Butzbach

Schluss mit der Verfolgung der Bahá'í in der Islamischen Republik Iran!

Die Religion der Bahá'í verstehen sich als jüngste Weltreligion, die im 19. Jahrhundert von dem aus Persien stammenden Baha'u'llah zunächst als islamische Reformbewegung, dann als eigenständige Religion gestiftet wurde. Im Mittelpunkt stehen der Glaube an einen Gott, die mystische Einheit aller Weltreligionen und der Glaube an die Einheit der Menschheit. Es gibt keine Priester. Die Bahá'í vertreten eine handlungsorientierte Ethik, die einer humanitären Vision des sozialen Fortschritts verpflichtet ist. Frau und Mann sind gleichberechtigt. Das erste und derzeit einzige Haus der Andacht Europas befindet sich in Hofheim-Langenhain.

Die iranische Bahá'í-Gemeinde ist die größte religiöse Minderheit im Land, wird aber als nachislamische Offenbarungsreligion anders als Christen, Juden und Zoroastrier nicht als „schützenswerte religiöse Minderheit“ in Artikel 13 der Landesverfassung genannt. Im Gegenteil: Bahá'í gelten aufgrund ihres Anspruchs, eine Religionsstiftung nach dem Islam zu sein, als Apostaten und Häretiker. Sie werden als „Unreine“ und „perverse politische Sekte“ bezeichnet. Die 350.000 Angehörige der Bahá'í-Religion – friedliebende und zur Obrigkeit loyale iranische Staatsbürger – gelten wahlweise als „Gefahr für die nationale Sicherheit“, „Spione des Westens“ oder „Zionisten“. Die haltlosen Anschuldigen dienen zur Rechtfertigung von umfangreichen, systematischen und staatlich angeordneten Verfolgungen, die alle Lebensbereiche betreffen und jeden Bahá'í gleichermaßen bedrohen.

Die Kommissarische Führung der Bahá'í in der Islamischen Republik Iran ist seit rund einem Jahr inhaftiert. Behrouz Tavakkoli, Fariba Kamalabadi, Vahid Tizfahm, Mahvash Sabet, Jamaloddin Khanjani, Saeid Rezaie, Afif Naeimi werden u.a. Spionage für Israel, die Beleidigung religiöser Gefühle und Propaganda gegen die Islamische Republik vorgeworfen. Derzeit mehren sich die Anzeichen, dass ein Schnellverfahren eingeleitet werden soll, in dem den Inhaftierten die Todesstrafe droht. Inhaftierung und Verfahren widersprechen allen rechtsstaatlichen Grundsätzen. So durfte u.a. die Iranische Anwältin und Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi ihre Mandanten bisher nicht besuchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

- fordern die iranische Regierung auf, die Inhaftierten freizulassen oder umgehend ein rechtsstaatlich begründetes ordentliches Verfahren einzuleiten;
- begrüßen alle Initiativen, die auf die iranische Führung in diesem Sinne einzuwirken versuchen und fordern die Bundes- und die Landesregierung auf, ebenfalls alle Einflussmöglichkeiten zu nutzen;
- fordern, dass die Verfolgung der Bahá'í im Iran umgehend beendet werden muss. Glaubens- und Religionsfreiheit sind universell geltende elementare Grund- und Menschenrechte;
- verlangen von der iranischen Regierung die Öffnung des Zugangs zur höheren Bildung für Bahá'í.